

Schweigen oder Tod? – Repression der Medien- und Meinungsfreiheit in Ostmittel- und Südosteuropa

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft in Kooperation mit dem Übersetzernetzwerk traduki sowie der Arbeitsgemeinschaft der Bibliotheken und Dokumentationsstellen der Ost-, Ostmittel- und Südosteuropaforschung (ABDOS)
Leipzig, 21. März 2019

Bericht von Arno Trültzsch, Berlin / Leipzig

□ Die diesjährige Podiumsdiskussion beim Forum OstSüdOst auf der Leipziger Buchmesse stand im Zeichen der wachsenden Risiken und Gefahren für Journalist/inn/en und die allgemeine Presse- und Meinungsfreiheit – besonders in Ostmittel- und Südosteuropa. Dazu hatte die Südosteuropa-Gesellschaft in Zusammenarbeit mit traduki und der ABDOS folgende Gäste auf das Podium geladen:

- **Iva Mrvová**, Politikwissenschaftlerin und Politik-Journalistin aus Bratislava (Slowakei), wo sie für das vielgelesene Online-Medium *aktuality.sk* recherchiert und schreibt; *aktuality.sk* war diesjähriger Preisträger des Journalistenpreises der Südosteuropa-Gesellschaft;
- **Miranda Patručić**, Investigativ-Journalistin beim *Organized Crime and Corruption Reporting Project* (OCCRP-Büro Sarajevo, BiH) mit Fokus auf Korruption und organisierter Kriminalität auf dem Balkan, im Kaukasus und in Zentralasien;
- **Saša Ilić**, Schriftsteller, Publizist, Aktivist und Journalist aus Belgrad (Serbien); Mitbegründer der künstlerisch-politischen Zeitschrift BETON und des Internationalen Literaturfests in Pristina (Kosovo); auf Deutsch liegt seit kurzem sein Roman „Das Berliner Fenster“ vor.

Christian Mihr, Geschäftsführer der deutschen Sektion von Reporter ohne Grenzen, musste seine Teilnahme an der Podiumsdiskussion leider kurzfristig absagen. – Die Diskussion wurde moderiert von Dr. **Hansjörg Brey**, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft. Die Übersetzung der englischen, serbischen und bosnischen Redebeiträge übernahm freundlicherweise Dr. **Elvira Veselinović**.

Hansjörg Brey führte in die Diskussion mit den erschütternden Ereignissen der vergangenen Jahre ein, welche weltweit Beachtung fanden – so der Mord an der maltesischen Journalistin Daphne Galizia im Oktober 2017. Große mediale Aufmerksamkeit, auch hierzulande, erzeugte die brutale Ermordung des slowakischen Investigativ-Reporters Ján Kuciak und seiner Verlobten im Februar 2018, galt doch die Slowakei neben Malta bisher als eher sicheres Land für Journalist/inn/en mit einem hohen Grad an Pressefreiheit. Jedoch zeigt der Freedom of Press-Index von Reporter ohne Grenzen einen globalen Trend zu medienfeindlicher Hetze, gerade von führenden Politiker/inne/n und von Regierungsstellen, wobei Journalist/inn/en in Ostmittel- und Südosteuropa besonders betroffen sind.

Nach einer kurzen Vorstellung der Teilnehmer wandte sich der Moderator dem skrupellosen Mord an Ján Kuciak und seiner Verlobten zu, und richtete die Frage nach dem Hergang und den möglichen Hintergründen zu dieser Bluttat direkt an Kuciaks Kollegin **Iva Mrvová**. Sie meinte, dass der Mord an ihrem Kollegen tatsächlich alles in der slowakischen Medienwelt verändert habe. Kuciak sei jung und talentiert gewesen, weshalb sie die Nachricht seiner Ermordung anfangs für absolut unglaublich gehalten habe. Wohlwissend um die Gefahr, die jede investigative Recherche zu kriminellen Machenschaften begleitet, ließ er nicht davon ab, die vielen Verbindungen zwischen Mafia und Politik in der Slowakei restlos aufdecken zu wollen. Diese Arbeit

setzten sie und ihre Kolleg/inn/en nun fort. Auf den mit dem Skandal um die Ermordung verbundenen Rücktritt von Premierminister Robert Fico angesprochen, meinte Mrvová, dass zwar die Person Fico nun weg sei, aber sein medienkritischer bis hetzerischer Jargon immer noch Verbreitung finde (er hatte die Medien u.a. als „Hyänen“ und „anti-slowakische Huren“ bezeichnet). Die Slowakei sei heute ob seiner Personalie so gespalten wie nie, auch wenn Fico die Macht abgeben musste. Mrvová empfand es als nicht normal, so über Journalist/inn/en zu sprechen, ja sie schäme sich regelrecht für die Wortwahl Ficos.

Mit dem Hinweis auf geplante Gesetzesänderungen, die der Medienausschuss des slowakischen Parlaments am 21.03.2019 beschloss, und die u.a. Strafzahlungen von Journalist/inn/en vorsehen, wenn sie in irgendeiner Form die Privatsphäre von Politikern verletzen sollten, fragte der Moderator nach den konkreten Veränderungen in der Slowakei nach der Ermordung von Ján Kuciak. Immerhin deute sich an der Spitze des Staates ein bemerkenswerter Wechsel an. Dazu meine Mrvová, dass sich seit den Protesten nach Kuciaks Tod ständig etwas im Land verändere: Die Demonstrationen seien u.a. gegen eine Weiterführung der Regierungskoalition gerichtet gewesen, offen wurde der Rücktritt der Regierungsmitglieder aus Ficos sozialdemokratischer Partei gefordert. Die Angst vor Wahlen, verbunden mit dem Unwillen, die Macht abzugeben, hätten u.a. zu drei verschiedenen Innenministern während der letzten Monate geführt.

Positiv hob Mrvová hervor, dass die Journalist/inn/en großen kollegialen Zusammenhalt zeigten, denn es sei etwas sehr Persönliches, wenn ein enger Arbeitskollege erschossen wird. Trotz aller professionellen Distanz müssten sie und ihre Kolleg/inn/en sich positionieren. Auf den Hinweis des Moderators, dass die mutmaßlichen Täter festgenommen wurden und vermutlich nun auch die Drahtzieher belangt würden, meinte Mrvová, dass die Spuren zum einflussreichen Geschäftsmann Marián Kočner führten. Dieser sei nun offiziell als Anstifter des Mordes angeklagt, was sie und ihre Kolleg/inn/en in so kurzer Zeit nicht erwartet hätten, vor allem nicht vor den Präsidentschaftswahlen. Er gelte als wichtiger und einflussreicher Netzwerker mit Verbindungen zur Mafia, weshalb die organisierte Kriminalität einiges zu befürchten haben dürfte, wenn Kočner auspacken sollte.

Nun wandte sich die Diskussion der Situation in den Balkanstaaten zu. Brey führte dazu, sozusagen an Christian Mihrs Stelle, das neueste Ranking von Reporter ohne Grenzen an, das eine allgemeine Verschlechterung der Medien- und Pressefreiheit in besagten Ländern erkennen lässt. So steht 2018 vor allem das EU-Mitglied Bulgarien auf einem miserablen Rang 111 von insgesamt 180. Dabei stellt die Organisation fest, dass Mobbing und Hetze gegen Journalist/inn/en vermehrt von Politikern stammen und überall in der Region verbreitet seien. Dazu sollte nun *Saša Ilić* einige Fragen beantworten, hatte er doch in der neuesten Ausgabe von BETON einen „Brief aus Novemberland“ veröffentlicht, der sich offen an die Außenbeauftragte der EU, Federica Mogherini, richtete. Darin sprach Ilić die schlechte Situation von Intellektuellen, Medien- und Kunstschaffenden in Serbien an, die unter der starken Medienmacht und der zunehmend verordneten Selbstzensur unter Präsident Aleksandar Vučić und seiner regierenden Serbischen Progressiven Partei (SNS) litten.

Ilić führte weiter ironisch aus, dass die angebliche Demokratisierung Serbiens mit derart vielen Problemen behaftet sei, dass sie mittlerweile einen Kulminationspunkt erreicht hätte. So dauerten die Proteste im Namen von „Einer von fünf Millionen“ bereits seit Wochen an – mittlerweile sogar mit Ablegern im Ausland wie in Berlin. Diese Proteste richteten sich offen gegen Medien (selbst)kontrolle, Zensur und generell gegen das „Regime Vučić“. In diesem Zusammenhang seien zuletzt Demonstranten auch in das Gebäude des größten Fernsehsenders Serbiens RTS eingedrungen. Schon seit längerem gebe es solche Proteste, wobei die Gefahr für Journalist/inn/en

stetig wachse – so wurden bereits Wohnhäuser von Journalist/inn/en in Brand gesteckt oder diese täglich angegriffen und überfallen. Noch etwas weiter zurück lägen jedoch die Anfänge dieser Probleme, denn schon 2012 habe mit der Machtübernahme der SNS die stetige Disziplinierung und Säuberung der Medienlandschaft sowie der Kulturszene in Serbien von allzu kritischen Stimmen begonnen. Dabei reichten die Anfänge bis in die frühen 2000er Jahre zurück – eine schlechte Transitionsperiode voller Korruption und organisierter Kriminalität sei die Vorbedingung für den Aufstieg der jetzigen Machelite der SNS gewesen. Als 2003 der als pro-europäischer Reformler gefeierte Ministerpräsident Zoran Đinđić ermordet wurde, seien zuvor und danach mehrere nicht aufgeklärte Morde an Journalist/inn/en verübt worden. Sardonisch meinte Ilić, dass man also heute buchstäblich in der Vergangenheit lebe.

Auf die Frage, wie groß der russische Einfluss auf die serbische öffentliche Meinung sei – vor allem durch das in Serbien mittlerweile etablierte Medium ‚Sputnik‘ – und wie sich dies auf die Arbeit kritischer Intellektueller auswirke, unterstrich Ilić, dass der russische Einfluss schon immer spürbar gewesen sei. Er sei zwar nach 2000 viel kleiner geworden, jetzt aber spüre man allorten wieder eine große Einflussnahme. Dies rühre aus der Struktur des politischen Systems und seiner Exponenten, unter denen nicht wenige offen pro-russische Parteien und Personen zu finden seien. Dies habe durchaus Auswirkungen auf die Wirtschaft, auch die Medienwirtschaft, denn ‚Sputnik‘ sei nun einmal ein staatlich finanziertes Propaganda-Instrument Russlands. Andere Medien griffen die Berichte und Schlagzeilen mangels eigener Recherche-Möglichkeiten auf und verbreiteten so die russische Weltsicht zusätzlich weiter.

Mit Blick auf die weiterhin aktive und mehrmals an Regierungen beteiligte sozialistische Partei Miloševićs wies Ilić darauf hin, dass dessen Witwe Mirjana Marković im russischen Exil lebe und so eine direkte Einflussmöglichkeit für Putins Russland auf die serbische Politik biete. Da Ilić seinen offenen Brief in der Zeitschrift BETON mit einem Zitat von Ernest Proudhon beendet hatte,¹ fragte die Moderation ihn diesbezüglich, wie er seine Rolle als kritischer Intellektueller in Serbien sehe, um dem Trend an Desinformation und Selbstzensur entgegenzuwirken. Ilić entgegnete, dass dieses Zitat den deutschen Lesern verdeutlichen sollte, wie schwierig die Situation für Kunst- und Medienschaffende mittlerweile geworden sei – nicht nur in Serbien, sondern eben auch in Bosnien und Herzegowina und in der Slowakei. Es helfe seines Erachtens nur eine inter- und übernationale Vernetzung zur Aufdeckung von Falschinformationen und Medienzensur. Nur dann gebe es, so Ilić, die Chance zur Aufklärung. Auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens sei dies z. B. durch die erfolgreiche Kooperation zwischen BETON bzw. dessen ehemaliger Mantelzeitung ‚Danas‘ und der kroatischen ‚Feral Tribune‘ bereits gelungen.

Das Panel nahm nun die Arbeit von *Miranda Patručić* in den Fokus, die von Sarajevo aus als Teil des Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) investigative Recherchen zu Netzwerken und Verstrickungen der organisierten Kriminalität auf dem Balkan, im Kaukasus und Zentralasien durchführt. Auf ihre Arbeit angesprochen, führte Patručić aus, dass es bis zur Gründung des Projekts kaum nennenswerten Investigativ-Journalismus in der Region gegeben, sondern die tägliche Berichterstattung im Vordergrund gestanden habe. Sie lege ihren Arbeitsschwerpunkt mittlerweile auf das post-sowjetische Zentralasien, da dort langwierige Korruption mit gefestigten diktatorischen Systemen einherginge, was mit einer hohen Zahl inhaftierter Journalist/inn/en direkt korreliere. Inzwischen habe das OCCRP seine investigativen Recherchen auch auf Afrika und Südamerika ausgeweitet. Zurzeit schlage eine kontroverse Recherche des

1 „Wir werden das Werk der neuen Epoche nicht erleben. Wir werden im vollständigen Dunkel kämpfen. Wir müssen uns daran gewöhnen, dieses ohne allzu große Traurigkeit zu akzeptieren. Verlassen wir uns aufeinander und rufen wir uns gegenseitig in der Dunkelheit“.

OCCRP zu Journalisten-Morden bzw. -Morddrohungen hohe Wellen. Patručić sprach von vier Fällen, wobei der Mord an Ján Kuciak der prominenteste gewesen sei. Auch der Mord an dem ukrainisch-weißrussischen Journalisten Pavel Sheremet habe bereits 2016 gezeigt, wie schlimm das Problem sei, zumal man nachweisen könne, dass die Polizei die Ermittlungen verschleppt habe. Sehr erfolgreich stelle sich dagegen die Bilanz der Recherchen zu Korruption, Geldwäsche und Steuerhinterziehung heraus, denn insgesamt konnten so 4,5 Mrd. US-Dollar an die betroffenen Staaten zurückfließen.

Auf die Situation in Südosteuropa angesprochen, meinte Patručić, dass sie mittlerweile den Eindruck habe, dass die mittleren bis kleinen Staaten der Region quasi wie das Privatvermögen der politischen und gesellschaftlichen Eliten erschienen. Dabei verwies sie besonders auf Montenegro, das Milo Đukanović in wechselnden Ämtern seit 1991 regiert. Dieser habe nachweislich Verbindungen zur organisierten Kriminalität – so zu Kokain- und Zigarettenschmugglern in der Region. Seine Familie übe die Kontrolle über eine wichtige Bank aus, was der Geldwäsche diene. Patručić zeigte sich überzeugt, dass die Menge an Schwarzgeld aus dem Drogenhandel das offizielle Steueraufkommen in z. B. Serbien und Bosnien-Herzegowina weit übersteigen dürfe. Das verschaffe diesen Kreisen großen Einfluss – wie auch das Beispiel des derzeitigen serbischen Gesundheitsministers zeige, der früher als Mitglied einer Gang mit dem Namen „Doktor Tod“ von sich reden machte. Auf die Gefahr angesprochen, selbst zur Zielscheibe von Angriffen und Denunziationen zu werden, räumte Patručić unumwunden ein, dass diese Gefahr natürlich bestehe. Schon 2007 wurde sie für ihre Arbeit von führenden Politikern in Bosnien als „Staatsfeindin“ und „Verräterin“ angegangen. Sie sehe außerdem die Gefahr einer Kettenreaktion, die aus einem solchen Journalismus-feindlichen Klima erwachse: Wenn sie als investigative Reporterin beseitigt würde, wäre dies zum Vorteil des Staates bzw. seiner Eliten. Die zunehmenden Angriffe und sogar Morde gegen ihre Kolleg/inn/en bürge die Gefahr einer Normalisierung dieser Atmosphäre.

Einen Ausweg sieht Patručić darin, dass internationalen Investigativ-Recherchen wie z. B. von OCCRP auch internationale und transnationale Ermittlungen folgen müssten, da die lokalen Behörden zumeist unwillig oder machtlos seien. In ihrer Redaktion sei dies eine Frage der zahlenmäßigen Stärke, so Patručić. Es arbeiteten immer mehrere Kolleg/inn/en an einer sensiblen Story und bildeten schließlich größere Konsortien – so sei auch die gemeinsame Recherche zu den so genannten Panama-Papers zustande gekommen (an der das OCCRP beteiligt war) und ebenso diejenige zu einem russischen Geldwäsche-Ring. In beiden Fällen seien viele Redaktionen involviert gewesen, was eine Art Schutz erzeuge. Dennoch komme auch ihre Redaktion nicht ohne Sicherheitstrainings aus. Letztlich bleibe es die eigene Verantwortung und Aufmerksamkeit, ob man verfolgt werde.

Schließlich fasste Moderator Brey die besprochenen Punkte zusammen und stellte die offene Frage an das Podium, wie man Verbesserungen erreichen könne. Dabei schloss er an den Gedanken von Patručić an, dass nur die Verbreitung und Weitergabe von Recherche-Ergebnissen und damit verbundenen Daten eine Hilfe und einen Schutz für bedrängte und bedrohte Journalist/inn/en darstellen könnten. An Mrvová gerichtet erwähnte der Moderator das eben erst gegründete Zentrum für investigativen Journalismus, was diese bestätigte und hinzufügte, dass die Gründung im Januar 2019 als direkte Reaktion auf Ján Kuciaks Tod ein Jahr davor zu sehen sei. Sie sei froh und glücklich, dass so eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen Kolleg/inn/en möglich werde – quasi als ein Akt der Solidarität. Resümierend stellte Brey in den Raum, ob nicht auch die internationale Gemeinschaft hier mehr tun müsse. Es folgten Dank-sagungen an alle Beteiligten, verbunden mit dem Hinweis, dass mutige Journalist/inn/en, die gefährliche Recherchen durchführen, jederzeit unsere Unterstützung, unsere Anerkennung und unseren Respekt benötigen – nicht nur, wenn ihnen etwas zustößt!